

Kommentar

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **53 (1973-1974)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VOM SINN DER ORDNUNGEN

Jede Wirtschaft bedarf, wenn sie soll funktionieren können, und zwar möglichst reibungslos funktionieren können, einer *inneren Ordnung*, eines Signalisierungssystems, eines Systems von «Verkehrsregeln». Die Wirtschaftsordnung hat zweierlei sicherzustellen, einmal die Zurverfügungstellung eines rein technischen Ablaufschemas – wie sollen die wirtschaftlichen Ablaufprozesse vor sich gehen? –, sodann aber auch eine Verwirklichung von Wertvorstellungen der Menschen. Beides muss in einem kombiniert sein. Eine Trennung der beiden Elemente ist undenkbar. Es ist in der Vergangenheit und in der Gegenwart oft genug vorgekommen, dass diese beiden Aspekte bei der konkreten Verwirklichung von Wirtschaftsordnungen, bei ihrer ganz realen Ausgestaltung, in eine *Konfliktsituation* geraten sind. Die Ordnungspolitik ist dann gezwungen, grundsätzliche Optionen zu fällen, *Kompromisse* zu schliessen. Welchem Aspekt soll der Vorrang zukommen? Der Verwirklichung von Wertvorstellungen, der Ideologie, der Wirtschaftsphilosophie? Oder dem rein technischen Rationalitätsprinzip, der ökonomischen Ratio, wenn sie mit der Ideologie nicht parallel läuft?

Kommt ein Drittes dazu. Wirtschaftsordnungen als Realordnungen stehen niemals im luftleeren Raume. Diesen Luxus können sich nur idealtypische Ordnungsmodelle leisten, die in der keimfreien Atmosphäre eines ökonomischen Laboratoriums ihr Dasein fristen. In der Welt der Wirklichkeit

muss die Wirtschaftsordnung zudem in die staatsrechtlichen Aufbauprinzipien eines Landes eingeschliffen werden; sie muss auf die Strukturen der politischen Ordnung Rücksicht nehmen; sie muss die in einer bestimmten historischen Situation bestehenden gesellschaftspolitischen Prioritäten beachten; sie muss – kurz – auf andere Ordnungen abgestimmt sein. Die sich hinter dieser Fragestellung verbergende Problematik ist nicht neu. Sie segelt unter dem Titel der *«Interdependenz der Ordnungen»* und hat schon lange ein sehr umfangreiches Schrifttum hervorgebracht, das bisher allerdings kaum einen Reflex in der Wirtschaftspolitik gefunden hat.

Das Problem jedoch stellt sich weiterhin in aller Schärfe, weil die einzelnen Teilordnungen an ihrer Nahtstelle nicht fugenlos ineinandergreifen. Es entstehen vielmehr Reibungsflächen, Inkonsistenzen, und zwar sowohl bezüglich der Strukturen wie der Zielsetzungen. Aus dieser Konstellation fließt ebenfalls die Notwendigkeit des Kompromisses in der Ordnungspolitik.

Kann die Kompromissneigung der Ordnungspolitik, die sich aus der *«Interdependenz der Ordnungen»* ergibt, herabgesetzt werden? Eine leise und gedämpfte Hoffnung könnte aus dem Auftrieb jener Disziplin geschöpft werden, die den Namen *Systemanalyse* trägt und die eben darauf angelegt ist, die Konsistenz von Teilsystemen zu verbessern. Inwiefern sie dereinst für die *«Optimalisierung»* der Ordnungspolitik ganz allgemein brauchbare Ergebnisse zu lie-

fern vermag, muss freilich noch abgewartet werden. Der Ansatz ist immerhin vielversprechend, bedarf aber bezüglich der Gesellschaftspolitik noch der Ausweitung und Vertiefung.

Und schliesslich muss noch eine vierte Linie in das Diagramm der Ordnungspolitik eingesetzt werden. Wirtschaftsordnungen haben, so wurde hervorgehoben, einen betont ideologischen Hintergrund. Um diesen Tatbestand ist nicht herumzukommen, obwohl in den Wissenschaften der Hang, reine und wertfreie Ordnungen zu entwerfen beziehungsweise die Wirtschaftspolitik unter der Voraussetzung einer wertfreien Modellvorstellung abschnurren zu lassen, nach wie vor nicht selten ist. Die Wissenschaft bekundet bisweilen erstaunliche Mühe, sich zu Werturteilen durchzuringen und ihnen erst noch im Tummelfeld der Wirtschaftspolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Es besteht offensichtlich die Furcht, wirtschaftspolitische Spritzer könnten die blütenreine Weste der Wissenschaftlichkeit beschmutzen. Die Wirtschaftspolitik gehört den ökonomischen Handwerkern. Diese Sicht ist in höchstem Masse fragwürdig.

Sie ist es vor allem deshalb, weil sich Wirtschaftsordnungen als Wertbegriffe dann, wenn sie als Orientierungsgrössen für die Wirtschaftspolitik dienen sollten, auf Träger müssen stützen können, die ihnen im Schwerefeld der wirtschaftspolitischen Interessenvielfalt, der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung, zum Durchbruch verhelfen. Hier kommen die politischen Parteien und andere in der Meinungsbildung integrierte Gruppen zum Zuge. Die Wissenschaft als «*pressure group der Objektivität*» dürfte eigentlich nicht fehlen.

In einer parlamentarischen Demokratie rivalisieren nun auf dem Boden der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung in aller Regel verschiedene Ordnungsvorstellungen um ihre Verwirklichung. Die Vielfalt der politischen Struktur beziehungsweise der aus ihr fließenden Ordnungsvorstellungen bestimmt ganz wesentlich den Kompromisscharakter der Realordnungen. Es ist bei der Skizzierung dieses Sachverhaltes auch nicht zu übersehen, dass offenbar nicht wenige Träger der Wirtschaftspolitik in parlamentarischen Demokratien über keine gefestigten Ordnungsvorstellungen verfügen, so dass durch diese Optik betrachtet die Ordnungspolitik stets der Gefahr ausgesetzt ist, ins Fahrwasser des Pragmatismus zu geraten, zum Spielball des Interessenpartikularismus zu werden. Sie verliert dann ihre Geschlossenheit. An die Stelle des «grossen Wurfes» tritt der die Interessenvielfalt spiegelnde Kompromiss, die kleinkarierte Handlungsweise. Die Ordnungspolitik ist mithin – dies kann als Ergebnis herausgestellt werden – mancherlei Anfeindungen ausgesetzt. Sie ist ständig zwischen den beiden Polen der Grundsätzlichkeit und des Kompromisses hin und her gerissen. Daraus ergibt sich ihr spezifischer Charakter.

Dies ist wohl auch als Hauptgrund dafür zu erkennen, dass die Wirtschaftsordnung jener Länder, die nur *einen* politischen Willen zulassen, sehr nahe an ihrem idealtypischen Bild sind. Wenn eine Partei kraft der politischen Ordnung in der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung ein absolutes Monopol zugesprochen erhalten hat – Beispiel: Osteuropa –, so ist zumindest die Chance, dass sie die ihr gemässen wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen in die

Realität umzusetzen vermag, entsprechend gross. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die rein ideologische Komponente in ihrem Ordnungsbild nicht zu stark mit ihrem rein sachlich-technischen Gehalt in Widerstreit gerät, wenn, mit andern Worten, die ökonomische Ratio in ihrem Drang zur Selbstverwirklichung nicht allzu stark durch ideologische Starrheit geritzt wird, wenn durch das dogmatische Festhalten an bestimmten ideologisch motivierten Ordnungselementen nicht die wirtschaftliche Systemeffizienz beeinträchtigt wird.

Dies ist nun allerdings in Osteuropa in ausgesprochenem Masse der Fall. Und in dieser Konfliktsituation ist letztlich die Wurzel des *Revisionismus* zu erkennen. Der Druck zu neuen Ordnungsvorstellungen im Sozialismus stammt in erster Linie aus dem Zwang zu einer verbesserten Systemeffizienz. Es können also durchaus rivalisierende Ordnungsvorstellungen in einem Raume entstehen, der sich durch eine geschlossene politische Ordnung auszeichnet. Die Motivation ist aber eine völlig andere als im Falle der parlamentarischen Demokratie.

Dieser Situation muss man sich bewusst bleiben, wenn von Ordnungspolitik im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie gesprochen wird, wenn insbesondere die *liberale Ordnungspolitik*, so wie sie sich in der Modellvorstellung der sozialen Marktwirtschaft oder der «Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung», wie ihre neuere Umschreibung nun lautet, visiert wird. Sie muss sich in einer pluralistischen Parteien- und Interessenvielfalt verwirklichen. Und sie kann dies nur tun, wenn sich ihre Träger nicht allein auf ein einigermassen geschlossenes Konzept zu

einigen vermögen, sondern den theoretischen Entwurf auch als Handlungsanweisung verstehen.

An dieser Geschlossenheit fehlt es nun aber in einem auffallenden und fatalen Masse im liberalen Ordnungdenken. Und dies nicht nur zufolge des Unvermögens der liberalen Kräfte, eine gemeinsame Linie zu finden – der Wille zur Durchsetzung rein materieller Ansprüche ist momentan offensichtlich zu stark –, sondern auch deshalb, weil es dem Liberalismus oder den Liberalen nicht gelungen ist, ihr wirtschaftliches Ordnungsbild «der ersten Stufe», so wie es in seinen wesentlichsten Umrissen in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden ist, weiter zu entwickeln. Man darf vor der Tatsache wohl nicht die Augen verschliessen, dass das heute zur Verfügung stehende liberale Ordnungsbild kaum noch ausreicht, um die mannigfachen Erscheinungsformen der wirtschaftlichen Wirklichkeit integral aus einer liberalen Sicht zu fassen und zu beurteilen. Damit hat das liberale Ordnungsbild aber auch an Orientierungskraft für die Wirtschaftspolitik eingebüsst. Und damit wird – weiter – dem Pragmatismus, einer zumeist nicht mehr ordnungskonformen Handlungsweise Vorschub geleistet.

«Man muss den Sinn von Ordnungen verstehen», hat Eucken einst warnend betont. Und er hat diese Warnung nicht leichtfertig ausgesprochen, sondern auf dem Hintergrund eines umfassenden theoretischen und empirischen Wissens. Die Missachtung ihrer Spielregeln leitet eine Transformation, möglicherweise auch ihren Zerfall ein. Aber auch bereits *Stagnation* in der Weiterentwicklung eines Ordnungsbildes bedeutet den Beginn eines Degenerationsprozesses. Die Liberalen der er-

sten Stunde waren nämlich nie der Auffassung, ihre Vorstellungen hätten einen abschliessenden und endgültigen Wert. Sie hoben vielmehr stets hervor, dass die Ordnungspolitik als *Aufgabe* zu verstehen sei. Ordnungspolitik als Auf-

gabe? Gewiss, dies scheint heute notwendiger denn je, weil nur unter dieser Bedingung ihr Bestand über die Zeit gerettet werden kann.

Willy Linder

EIGENSTÄNDIGES SÜDOSTEUROPA?

Grossmachtpolitik und nationale Selbstbehauptung im Balkan-Donauraum

Einzelgänger wallfahrten zum Hradschin

Staatsführer Marschall Tito-Broz erhielt erst vor Jahresfrist, zum achtzigsten Geburtstag, den Lenin-Orden. Im März 1973 initiierte ein sowjetisches Gremium die Verleihung des Friedens-Nobelpreises an den greisen KP-Führer. Fast gleichzeitig erfolgten Besuche der kommunistischen Parteiprominenz aus Südosteuropa im Prag Gustav Husáks. Das 25jährige Jubiläum der ersten Freundschafts-Verträge zwischen der Sowjetunion und den Volksdemokratien des Donaubereiches wurde in sämtlichen Hauptstädten des Warschauer Bündnisses festlich begangen. Alles in allem wurde der heutige Status der Tschechoslowakei zum Prüfstein für Gefolgschaftstreue und für die Absage Josip Titos oder Nicolae Ceauşescus an den kurzlebigen Prager Frühling Alexander Dubčeks: Pfadfinder eines «eigenen Weges», «Alleingänger», «Zentristen», Befürworter eines «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» sind eingeschwenkt auf die Kraftlinie des machtpolitischen Magnetfeldes der Udssr. In dem häufig von Parteibeben heimgesuchten Donau-Balkanraum haben gestraffte Zügel erneut die mono-

lithische Einheit, den Verzicht auf Sonderwünsche und Ausbruchmanöver beschworen. Sollte also Tito – der nach dem Bruch Belgrad–Moskau, Ende Juni 1948, im kommunistischen Weltlager vielgeschmähte «Kettenhund des Imperialismus», mit seiner «unvergessenen und unverzeihlichen Rede» vom 8. November 1956 über Ungarns Aufstand – heute für eine neuerliche Verklammerung durch den Kreml als Gallionsfigur dienen? Verendet schliesslich jeder selbstbewusste Akt, jede Individuation kommunistischer Hierarchien im Einerlei der Gleichschaltung?

Der Beobachter fragt ferner, mit dem Blick in die nächste Zukunft: Sollte der Westen, um der Annäherung willen zwischen den Supermächten, die Gestaltung seiner bilateralen Beziehungen zu den kleineren Partnern Osteuropas von einer «Verteilerstelle» in Moskau abhängig machen? Besagen Gipfel- und Grenzabsprachen USA–Udssr insbesondere für das Europa en miniature, dass für volksdemokratische Bundesgenossen, Bündnisfreie und NATO-Teilhaber ein härter formuliertes Arrangement mit dem Kreml ins Haus steht? Wird gar die Tschechoslowakei Modell-«Fall» russisch-amerikanischer Koexistenz im gesamten Westmitteleuropa?

Indessen deutet der Status quo ante im übrigen Südosteuropa darauf hin, dass Moskau durch wirtschaftspolitische Einbeziehung und allmähliche weltanschauliche Mobilmachung seiner unbeeirrten Anhänger in diesen Ländern eine militärische Besetzung lieber gegenstandslos machen möchte. Letztlich setzt der Kreml auch bezüglich Westmitteleuropas nicht auf militärische Eroberung und Okkupation, sondern erhofft neue Entwicklungen in Frankreich und Italien, die eine Umzingelung und Durchdringung des westlichen Teileuropas vorbereiten sollten. Kann man aber – angesichts dieser knappen Analyse – überhaupt noch von einem autonomen Handeln der Führungsinstanzen und Völker auf dem Balkan und im Donaauraum sprechen?

Militarisme – malgré lui

Die Anwesenheit der Grossmächte im europäischen Südosten der Gegenwart bedingt dauernde Stationierung ausländischer Truppenkontingente auf fremden Hoheitsgebieten *und* übersteigerte Rüstungsanstrengungen der Kleinstaaten selbst – einschliesslich einiger «westlicher» Nachbarn des Donau-Balkanraumes. Dennoch entsteht ein differenziertes Bild: Bis jetzt vermitteln Fachleute und Presseorgane den Eindruck, dass Moskau beispielsweise in der ČSSR – gewissermassen als Auftakt zu den europäischen MBFR- und Sicherheitsgesprächen – zwar nicht die Anzahl der Einheiten, wohl aber ihren Effektivstand so beträchtlich aufgestockt hat, dass ein späterer gemeinsamer Konferenzbeschluss der abgewogenen Truppenreduzierung (z. B. auf die Hälfte) für den Warschauer Pakt einfach die

überlegene Ausgangslage von 1972 erbrächte. Die Wiener MBFR-Vorgespräche legten ferner die anfängliche Absicht der Sowjets bloss, Ungarn an den militärischen Ost-West-Verhandlungen lediglich mit Beobachter-Status teilnehmen zu lassen. Dabei bildet die Volksrepublik Ungarn (mit einer Besatzungsstärke von vier bis sechs Divisionen Sowjettruppen) das wichtigste Verbindungsstück und Aufmarschgebiet zu den Anrainern der Adria, zum Mittelmeer.

Präliminargespräche für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit sowie Abrüstung in Helsinki und Wien zeigten andererseits die rumänischen Teilnehmer entschlossen, ein Junktim zwischen Ergebnissen in Wien und einem Konferenzfortgang in Helsinki zu unterstützen. Im März dieses Jahres lautete die Bukarester Feststellung: Die Sozialistische Republik Rumänien begrüsst jedes MBFR-Abkommen, wird es aber nicht *mit*-paraphieren. Vielmehr bildete und bildet die Schaffung einer «Friedenszone» auf dem Balkan die eigentliche Zielsetzung der Bukarester Politik – im übrigen bereits ein Grundanliegen volksdemokratischer Führer und Staatspolitiker der ersten Stunde, wie Georgi Dimitrovs und Josip Titos. Der Generalsekretär der Rumänischen KP, Nicolae Ceaușescu, formulierte dieses überkommene Anliegen Südosteuropas anlässlich des 25. Jahrestages der Republik Rumänien (30. Dezember 1972) lapidar: «Wir sind der Ansicht, dass die Schaffung einer Atmosphäre der Verständigung und friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die zum Balkanraum gehören, und die Verwandlung dieses geographischen Raumes, der einst den Vorwand für die Entfesselung grosser militärischer Auseinandersetzungen

zungen abgab, in eine Zone der Freundschaft und des Friedens, ohne Kernwaffen, von besonderer Bedeutung wäre.»

Die politischen Militärs stellen auf dem kommunistisch regierten Balkan (und nicht nur dort!) einen Sicherheitsfaktor für jedes Regime dar. So bildet die Grenzer-Tradition der Jugoslawischen Volksarmee heute ein Element nationaler Selbstbehauptung und föderativen Zusammenhalts. Etwas vom stählernen Rückgrat des Volksheeres spürt man auch in dem abgekapselten Zweimillionen-Staat Albanien, der inmitten des Für und Wider mit weltpolitischem Hintergrund den Typ des soldatischen Funktionärs als Erziehungsideal bejaht.

Der Überblick wäre jedoch unvollständig, wollte man nicht die Militärregierung in Athen und das durch die Armee beeinflusste Kabinett in Ankara erwähnen und Cyperns labilen Inselfrieden in Erinnerung rufen. In allen Fällen, ganz gleich ob links- oder rechts-extrem, bieten Volks- und Vaterlandsliebe, Opferbereitschaft und Gehorsam des Soldaten die Grundlagen auch für den heutigen Staatsaufbau und die Voraussetzung für die Geschlossenheit eines Menschen- und Weltbildes, das vor, während und nach kommunistischer Herrschaft um Gestaltung und Neuerwerden zu ringen hat. Die Militarisierung Südosteuropas war eine ideologische Schlussfolgerung der späten Stalin-Ära. Seit man Balkangeschichte kennt, wandeln sich jedoch eines Tages die besten Satelliten-Armeen in patriotische Verbände, die sich zuerst für die nationale Ehre und Selbstbehauptung einsetzen und dann erst für imperiale und offensive Zielansprachen. Auf Sicht wäre daher der Abbau der Volksar-

meen und hypertrophischen Sicherheitsapparate im östlichen Herrschaftsbereich ein echtes Erfordernis im Sinne der sowjetischen Führungsmacht selbst.

Nationale Autonomie und föderative Einheit

Das etatistische Denken, die «Staatsnationen» Westeuropas stossen im Südosten auf den Vorrang der Stämme, Volkstümer, Kleinnationen; diese hatten – ohne institutionelle Ausformung – ein halbes Jahrtausend Osmanenherrschaft zu bestehen. Gewiss, es gab auch Grossreiche der Griechen, Bulgaren, Serben, Magyaren. Jede dieser Vormachtstellungen mündete jedoch in Perioden der Erschöpfung und des innerbalkanischen Haders. Der Föderalismus im Donau-Balkanraum wurde zunächst Sehnsucht und Begleiterscheinung des erwachenden Nationalismus im 19. Jahrhundert. Die politische Schachbrett-Situation der Grossmächte sowie tiefreichende Unterschiede in der zivilisatorischen und politischen Entwicklung verdammt jedoch Hoffnungen auf eine Föderalisierung zur Utopie. Auch in der Zwischenkriegszeit und nach 1945 blieben Ententen und zwischenstaatliche Zusammenschlüsse im Ansatz stecken. Gerade Stalin duldet im zentralistischen Aufbau seines Reiches keine Teil-Föderalisten und Konföderationen.

Leider hat Südosteuropa aus dem jahrhundertelangen Grabenkampf der Volkstümer auch einen gewissen Isolationismus der Aufsplitterung, ja Solipsismus und Erbfeindschaften übernommen. So fiel es Grossmächten immer wieder verhältnismässig leicht, den Nationalismus der Kleinen zu einem Kampf aller gegen alle umzufunktio-

nieren. Häufig blieb «passive Resistenz» (Gesemann) gegen Unterdrücker einzige Überlebenschance für die uneinigen, verohnmachteten Stämme und Völker. Es wäre aber einfach eine Fehldeutung, diese instinkthafte Anpassung der Südosteuropäer an Über-Macht aus Ost oder West als Fatalismus, Resignation oder Tatenlosigkeit auszugeben: Die Osmanen und Habsburger haben erst hinterher begriffen, wie aktiv und umwälzend die spektakuläre Willfährigkeit von Untertanen sich auszuwirken vermag. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg haben Stalinismus und Nachstalinismus keine echte Unterwerfung bewirkt. Unfehlbarkeitsdogma, Beweihräucherung, «ewige» Freundschaften zerbrachen in offenen Streiks, Aufständen, glosend revolutionärer Unrast. Sobald man über die Tagespolitik hinausblickt, wird deutlich: Die Nationen des Südostraumes haben sich durch eine stete stille Offensive innerhalb von knapp dreissig Jahren völlig neue Ausgangsstellungen für die Zukunft geschaffen. Kein Strohfeuer, sondern revolutionäre Glut des nationalen Selbstbewusstseins prägt den neuen gesellschaftspolitischen Gestaltwandel zum Industriezeitalter. Südosteuropa hat auch für unsere Epoche die Frage so entschieden, dass gens und natio den Mutterboden, die Grundlage für politische, klassenmässige, kulturelle Veränderungen abgeben – und nicht umgekehrt!

Die zuweilen masochistische Selbstverleugnung der ersten volksdemokratischen Funktionäre gegenüber dem «bleibenden Vorbild» der Sowjetunion ist der nüchternen Besinnung auf Nutzen und Nachteil des Zusammengehens mit dem Kreml gewichen. Anderslautende emphatische Kundgebungen der

kleinen Bundesgenossen sollten die Sowjets eher nachdenklich stimmen. Denn zwei ideenmässige Grundlagen russischer Südosteuropa-Politik seit den ersten Slawen-Kongressen gelten heute nicht mehr: In der Zukunftshoffnung südöstlicher Kleinnationen war die allslawische oder gleichgewichtsbezogene Verbundenheit mit Russland ebenso *mit*-konzipiert, wie der Kreml als selbstlose Schutzmacht und Ordnungsträger gegen eigene balkanische Störenfriede und anarchische Neigungen in dem politisch zerklüfteten Raum. Diese überlieferte Vorstellung dürfte im August 1968, durch den Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in die verbündete Tschechoslowakei, endgültig zerbrochen sein. Nur eine entschlossene Abkehr und «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» gegenüber den Ländern Donau-Balkaneuropas könnten abgrundtiefes Misstrauen und Abneigung der Unterlegenen allmählich wieder zerstreuen. Vielleicht sollte man hier an die beschwörenden Worte Karl Kautskys in der Broschüre «Serbien und Belgien in der Geschichte» aus dem Jahr 1917 erinnern. Dort heisst es: «Wehe dem grossen Staat, der in Missachtung des Volksempfindens einen seiner kleinen Nachbarn zur Sicherung seiner Grenzen gewaltsam an sich zieht und festhält. Er gewinnt damit nur einen Pfahl im eigenen Fleisch, der jede seiner Bewegungen hindert und zur Qual macht.»

Zum Unterschied von anderen europäischen Bereichen gibt es im heutigen Südosteuropa keine folkloristische, historisierende oder zivilisatorische «Eunuchisierung» der ethnoi! Keine taktische Entschärfung des elementaren Nationalgefühls verfängt. Volkstanz, schöngeistige Literatur, Landschaftsbil-

der, Musik, Sport – alles wandelt sich zur politisch aktiven Substanz im Zeichen wesensmässiger Selbstbehauptung.

Stalin persönlich hat 1943 eine nationale Relativitätstheorie dogmatisiert – dazu bestimmt, nationalpolitische Fliehkräfte des Sowjetimperiums zu bändigen und einen bewusst gesteuerten Schmelztiegelvorgang als «selbstverständlich» erscheinen zu lassen. Das Bewusstwerden fast ungezählter Substratelemente seit fernster Vergangenheit und der Blick in eine Zukunft von wenigen Weltnationen, zuletzt eines einsprachigen, klassenlosen Weltvolks sollten gerade im Donau-Balkanraum den Weg zum Kollektiv, zur übergeordneten Einheit erleichtern.

Wir weilten im September 1972 in Tirana zu einem Symposium der Illyrologie. Der Kerngedanke? Ein forschungsmässig belegbarer Abstand zu Grossreichen und Grossnationen wie Hellenen, Römern, Slawen. Dafür in Albanien, dem ehemaligen Süd-Illyrien, der Einsatz einer Anzahl Disziplinen, um die nationale Identität, die spezifische Eigenart des Albaners von heute, seine ethnisch-geistige Individualität herauszustellen. Das Gespräch

mit rumänischen und bulgarischen Gelehrten dieser Konferenz bestätigte: Die heutige rumänische Forschung bekennt sich zwar zur sprachlichen Kontinuität des Römertums, findet aber in der Dakologie die eigene unmittelbare Herkunft bestätigt. Seit dem Sommer 1971 weiss die internationale Wissenschaft von der bevorzugten Erforschung der thrakischen Urahnen durch bedeutende bulgarische Gelehrte. Illyrer, Daker, Thraker – es gibt keinen A-Politismus, keinen Zug zum amalgamierenden Kollektiv für diese kommunistisch regierten Völker!

Bei aller Selbstbestätigung der Völker Südosteuropas wird man die anhaltenden nationalen Spannungen – sei es innerhalb Jugoslawiens oder entlang gewaltsam stipulierter Grenzen der kleinräumigen Nachbarschaften – als besorgniserregend bezeichnen müssen. Eine echte Bereinigung zwischen den zur europäischen Verantwortung reifenden Nationen könnten allerdings nur «papierene Grenzen» (Nicolae Titulescu) bringen. Diese Hoffnung kann allerdings nur eine *gesamteuropäische* sein.

Otto Rudolf Liess

KRITIK UND REPLIK: NICHT ZU RASCH EINIG WERDEN!

Antwort an Ullin Streiff

Zwanzig Jahre Zeit...

Darf ich den Dialog mit Ullin Streiff noch etwas weiterführen? (Vgl. *Aprilheft 1973*.) Ich bin nämlich noch gar

nicht einverstanden und muss unbedingt verhindern, dass wir uns zu rasch einig fühlen. Ich glaube nicht wie er, dass unsere beiden Gedankengänge ohne Konflikt nebeneinander Platz ha-

ben – jedenfalls nicht sofort, nicht ohne dass dieser Konflikt zuerst voll ausge tragen wird.

Ich habe keineswegs das Gefühl, ich wolle die Liberalen auf die neunziger Jahre vorbereiten, und wenn Ullin Streiff meine Ausführungen so aufgefasst hat, dann ist das ein grosses Missverständnis. Meine Fragen sind Gegenwartsfragen; sie stellen sich heute, und wenn wir uns vorstellen, wir hätten noch zwanzig Jahre Zeit, bis sie aktuell werden, dann haben vielleicht inzwischen sachliche und politische Zwänge die Freiheit mitsamt jeder Chance des Liberalismus erledigt.

Ullin Streiffs Reaktion hat mir aber eine zusätzliche Problemdiskussion klargemacht, die ich vorher nicht sah; und nur schon darum, so scheint es mir, lohnt sich dieses Gespräch. Ich sehe erst jetzt, dass unser Gesichtspunkt objektiv verschieden ist, und jedem von uns zweien verschliesst er je eine Problemebene, die nur zusammen zur glücklichen Lösung führen könnten. In Brüssel beobachte ich internationale Politik und Weltströmungen, Ullin Streiff treibt praktische Politik im Zürcher Oberland. Ich kann mir ein Denken in abstrakten Modellen leisten, Ullin Streiff hat sich mit Parteiversammlungen, dem Standort von Kehrlichtverbrennungsanlagen und der Führung von Autobahnen herumzuschlagen. Ich weiss, dass ihm meine Fragen, Mansholts Kapuzinerpredigten und der «Klub von Rom» dabei nicht viel helfen.

Aber das verstärkt nur meine Unruhe. Die universellen Zwänge, die ich beschrieben habe, sind nämlich trotzdem da. Wenn in der gleichen Woche Nixon Energie-Alarm bläst und der Schweizer Benzinpreis steigt, dann

hat das etwas miteinander zu tun. Wenn es nun aber dem Praktiker nicht möglich ist, diese Gegenwärtigkeit der universellen Zwänge in den parteipolitischen Alltag zu integrieren, dann sehe ich schwarz für unsere Zukunft; und wenn sogar die progressiveren unter ihnen diese Zwänge wie selbstverständlich in die Zukunft abschieben, noch schwärzer. Ullin Streiffs Missverständnis beunruhigt mich.

Versuch, Funken zu schlagen

Um den ersten Versuch eines Funken schlags zu starten, stelle ich drei Sätze aus Ullin Streiffs Erwiderung ins Spannungsfeld meiner abstrakt-globalen Konzeption. «... Anwendung der klassischen liberalen Massstäbe auf die Gegenwart ...»: Mir scheint, in dieser Formulierung gewinnen diese Massstäbe eine Art unnahbare Starrheit, die selber noch eine traditionalistische Anschauungsweise verrät; dabei müssen diese klassischen Massstäbe heute selber einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Konkretes Anschauungsmaterial liefert mir gleich Ullin Streiffs Satz: «Vielmehr steht bei allen Bewirtschaftungen, Rationierungen, Zuteilungen und Kontrollen des gesamtwirtschaftlichen Nutzens aus liberaler Sicht die Frage im Vordergrund, inwiefern solche Massnahmen *marktkonform* ausgestaltet werden können.» Diese Frage steht keineswegs im Vordergrund, sondern die folgende: Wie können wir bei diesen Zwängen überleben? Vor dieser Frage verblassen zunächst alle ideologischen Unterschiede, und darum stört mich in diesem Satz auch das «... aus liberaler Sicht», welches den, der da nachdenkt, von vornherein in

eine zwar wichtige, aber keineswegs alleinherrschende Perspektive einschliesst. Marktkonformität und Liberalismus, so verwendet, werden zum Schlagwort, mit dem der Liberale eine unbequeme Wirklichkeit plattschlägt – nämlich eben die, dass selbst die zentralsten Begriffe seiner Überzeugung vor dem Ansturm der neuen Fragen überprüfungsbedürftig werden.

Denn wie ist das mit der Marktkonformität? Sind die SBB marktkonform? Ist es der Baubeschluss? Die Bergbauernhilfe? War es die Kriegswirtschaft? Auch unsere liberalen Vorfahren und Zeitgenossen sahen die Marktkonformität als Mittel zum Zweck an, das seinen Platz zu räumen hat, wenn höhere Interessen auf dem Spiel stehen. Marktkonformität denn *soweit wie möglich* – einverstanden. So hat es ja wohl Ullin Streiff auch gemeint. Aber zu rasch, scheint mir, hat er vom Umweltschutz auf sie umgeschaltet; was eben verrät, dass die heute absolut nötige Einsicht in die Unterordnung des einen Prinzips unter das andere noch lange nicht so tief in den liberalen Reflexen sitzt, wie sie müsste.

Die Anstrengung des Umdenkens

«Soweit wie möglich»: Damit stünden wir denn bei der Frage des Masses. Ich muss zunächst auf eine Doppeldeutigkeit dieses Begriffs aufmerksam machen, die mir auch erst beim zweiten Lesen aufgefallen ist. «Der Mensch das Mass aller Dinge» – wer wäre

nicht dafür? Mässigung, massvoll, Masshalten – das sind positive Begriffe; sie verlangen Bescheidenheit, Selbstbeschränkung. Etwas anderes ist der von Ullin Streiff ebenfalls verwendete Satz, in der praktischen Politik der Zukunft würden auch die radikalen Herausforderungen zur Massfrage. Hier heisst Mass neutral «messen», «zumessen»: Beim Abwägen widersprüchlicher Interessen, die beide legitim seien, hülfe Grundsätze nichts, will Ullin Streiff sagen, sondern da müsse einfach einmal ein quantitativer Entscheid getroffen werden.

Dem Appell ans *Masshalten* wird nun jeder sofort zustimmen, dem die Beschränkungen der Zukunft zum Problem werden. Er kann sich aber keinesfalls damit abfinden, dass diese Probleme kurzerhand zu einer Frage des *Messens* erklärt werden. Dabei gebe ich Ullin Streiff sogar recht, dass man zum Schluss in der Praxis doch dort landen wird. Ich meine aber wirklich *zum Schluss* und finde diese Nuance entscheidend. Ich möchte um jeden Preis verhindern, was in der Schweiz offenbar unvermeidlich ist: dass die Liberalen von jeder Grundsatzfrage *sofort* auf die Frage des praktischen Masses umschalten – und dabei, wie Ullin Streiffs Gedankenlauf klassisch zeigt, das Messen meinen, ohne sich dessen bewusst zu sein. Damit hat nämlich die uns abgeforderte Anstrengung des Umdenkens in veränderter Gegenwart überhaupt keine Chance mehr.

Jörg Thalman